

Landkreis Böblingen

Vergabe von Bauleistungen für das Bauvorhaben „Sirenen-Netz“

Vertrag

Seite 1 von 20 Seiten

Rahmen-VOB/B-Bauvertrag

zwischen

dem Landkreis Böblingen sowie den Kommunen im Landkreis Böblingen, vertreten durch den **Landkreis Böblingen**, dieser vertreten durch den Landrat Roland Bernhard, Parkstraße 16, 71034 Böblingen

- nachfolgend **Auftraggeber des Rahmenvertrags** genannt –

und

[●], [●], vertreten durch [●]

- nachfolgend **Auftragnehmer (AN)** genannt -

wird folgender Bauvertrag unter Einbeziehung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B) für Bauleistungen zur Herstellung eines „Sirenen-Netzes“ geschlossen:

Vertrag

Seite 2 von 20 Seiten

Präambel	3
§ 1 Vertragsgegenstand.....	3
§ 2 Grundlagen des Vertrages	3
§ 3 Abruf und Einzelbeauftragung, Laufzeit.....	5
§ 4 Ausführung der Leistung	6
§ 5 Arbeitskräfte und Nachunternehmer des Auftragnehmers.....	7
§ 6 Vertretung der Vertragsparteien.....	8
§ 7 Leistungsänderungen / zusätzliche Leistungen	9
§ 8 Vergütung.....	11
§ 9 Ausführungsfristen	12
§ 10 Vertragsstrafe.....	Error! Bookmark not defined.
§ 11 Abnahme.....	13
§ 12 Zahlungen	13
§ 13 Mängelansprüche.....	14
§ 14 Sicherheiten	15
§ 15 Kündigung, Schadensersatz	17
§ 16 Gefahrtragung	18
§ 17 Bauleistungs- und Haftpflichtversicherung.....	18
§ 17 Bauwasser, Baustrom, Sanitäranlagen.....	Error! Bookmark not defined.
§ 18 Abtretung, Aufrechnung	19
§ 19 Schlussbestimmungen.....	20

Präambel

Die Städte und Gemeinden im Landkreis Böblingen (im Folgenden: „Kommunen“) planen den Ausbau eines Sirenen-Netzes im gesamten Landkreis. Die hierzu notwendigen Bauleistungen sollen gemeinsam nach den Regelungen des GWB sowie der VOB/A in der Form eines Rahmenvertrages ausgeschrieben werden.

Der Landkreis übernimmt die koordinierende Funktion und agiert als Vergabestelle. Abrufberechtigt und Vertragspartner der einzelnen, abgerufenen Leistungen sind sämtliche einzelne Kommunen im Landkreis (im Folgenden: „Einzel-AG“). Der Landkreis Böblingen handelt bezüglich der Beauftragung dieser Leistungen koordinierend und in Stellvertretung für die Kommunen. Daneben ist der Landkreis Böblingen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung abrufberechtigt in Bezug auf Liefergegenstände der Leitstellentechnik.

Die Umsetzung ist innerhalb von fünf Jahren geplant. Hieran orientiert sich die Laufzeit des Vertrages, die, für den Fall von Verzögerungen, um eine Verlängerungsoption ergänzt wird.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Vertragsparteien Folgendes:

§ 1

Vertragsgegenstand

- (1) Die Kommunen im Landkreis Böblingen beabsichtigen den Ausbau des Sirenen-Netzes im gesamten Landkreis. Sie übertragen dem AN folgende Bauleistungen zur vollständigen Ausführung einschließlich der hierzu erforderlichen Nebenleistungen:

Ausbau des Sirenen-Netzes im Landkreis Böblingen (nachfolgend „Bauvorhaben“ bzw. „Projekt“).

- (2) Die Ausführung der übertragenen Bauleistungen erfolgt ausschließlich auf Grundlage der in diesem Bauvertrag getroffenen Vereinbarungen und den in § 2 aufgeführten Vertragsbestandteilen.

§ 2
Grundlagen des Vertrages

- (1) Maßgeblich für die vom AN zu erbringenden Leistungen im Rahmen dieses Vertrages sind die folgenden Unterlagen, und zwar in der beschriebenen Reihenfolge, welche gleichzeitig ihre Rangfolge bildet:
- a. die Bestimmungen dieses Vertrages;
 - b. der Fragen-Antworten-Katalog vom [...] (Anlage [●]);
 - c. das Leistungsverzeichnis (LV) „Sirenennetz“ vom 10. April 2026 nebst Anlagen (Anlage [●]);
 - d. das Angebot des AN vom [●] nebst Anlagen (Anlage [●]);
 - e. die allgemein anerkannten Regeln der Technik und Baukunst sowie sämtliche einschlägigen technischen Vorschriften und die gültigen DIN-Normen, VDE-, VDI- sowie VDS-Bestimmungen, EN-Normen, AMEV-Bestimmungen, Hersteller-Richtlinien, Vorschriften, Richtlinien und Empfehlungen von Behörden, Berufsgenossenschaften, Polizei und Versorgungsunternehmen, alle einschlägigen Gewerbe- und Brandschutzbestimmungen, alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften zum Umweltschutz und zur Arbeitssicherheit sowie die Unfallverhütungsvorschriften und das GEG, jeweils in der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gültigen Fassung;
 - f. die Besonderen Vertragsbedingungen zum Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz –LTMG) (Anlage [●]);
 - g. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B) in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses gültigen Fassung;
 - h. die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C);
 - i. die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das Werkvertragsrecht gemäß §§ 631 ff. BGB;
 - j. die Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG (Anlage [●]).

- (2) Bei Widersprüchen zwischen den oben aufgeführten Vertragsgrundlagen bestimmt sich das Rangverhältnis nach der Reihenfolge der vorstehenden Aufzählung. Bei Widersprüchen zwischen gleichrangigen Vertragsgrundlagen oder innerhalb einer Vertragsgrundlage ist im Zweifel die spezieller beschriebene Ausführung maßgebend. Ein Widerspruch im vorgenannten Sinne liegt nicht vor, wenn eine nachrangige Vertragsgrundlage eine vorige ergänzt oder konkretisiert.
- (3) Der AN ist verpflichtet, das Leistungsverzeichnis, die überreichten Planunterlagen sowie die weiteren Vertragsunterlagen gewissenhaft zu prüfen, insbesondere hinsichtlich der Maße und Massen, und den Landkreis auf Widersprüche, Unklarheiten und/oder Ungenauigkeiten einzelner Vertragsbestandteile, die sich auf Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen beziehen, in Textform hinzuweisen.
- (4) Die Regelungen dieses Vertrages und der Vertragsgrundlagen gelten auch für weitere Aufträge und Leistungen, die vom AN im Zusammenhang mit dem vertragsgegenständlichen Bauvorhaben ausgeführt werden.
- (5) Allgemeine Geschäftsbedingungen des AN werden nicht Vertragsbestandteil.

§ 3

Abruf und Einzelbeauftragung, Laufzeit

- (1) Durch diesen Vertrag werden die einzelnen Kommunen des Landkreises Böblingen berechtigt, Leistungen zur Installation eines Sirenen-Netzes gemäß dem LV „Sirenen-Netz“ vom 10.04.2026 nebst weiteren Leistungen, die zur Installation eines Sirenen-Netzes erforderlich sind, beim AN abzurufen. Der Landkreis Böblingen ist darüber hinaus berechtigt, Leistungen zur Lieferung/Installation von Leitstellentechnik gemäß dem LV abzurufen.
- (2) Ein Vertrag über konkret auszuführende Bauleistungen kommt durch diesen Rahmenvertrag nicht zustande, sondern erst durch den Abruf einzelner Leistungen aus dem LV „Sirenen-Netz“ sowie gegebenenfalls durch den Abruf dort nicht benannter notwendiger, weiterer Leistungen durch eine abrufberechtigte Kommune (Einzelbeauftragung). Gleiches gilt in Bezug auf Leitstellentechnik durch einen Abruf seitens des Landkreises. Vertragspartner des so entstehenden Bauvertrages sind der AN und die einzelne abrufende Gebietskörperschaft (im Folgenden als Einzel-AG bezeichnet), nicht jedoch die weiteren Auftraggeber dieses Rahmenvertrags.

Vertrag

Seite 6 von 20 Seiten

- (3) Der Rahmenvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2030. Leistungen, die innerhalb dieses Zeitraumes abgerufen werden, sind nach den Konditionen dieses Rahmenvertrages zu erbringen.
- (4) Die Auftraggeber des Rahmenvertrags sind berechtigt, die Laufzeit des Rahmenvertrages einseitig einmalig um zwei Jahre zu verlängern. Die Erklärung, von dieser Option Gebrauch zu machen, muss dem AN bis spätestens 30. September 2030 zugegangen sein.
- (5) Der AN hat weder gegen den Landkreis noch gegen die abrufberechtigten Kommunen Anspruch auf Abruf einer bestimmten Menge an Leistungen. Mehrvergütungsansprüche des AN wegen nicht oder in reduziertem Umfang erfolgter Abrufe sind ausgeschlossen.

§ 4

Ausführung der Leistung

- (1) Der Landkreis richtet einen Projektserver (Plan-/Mängelservers) ein und ermöglicht dem AN uneingeschränkten Zugang zu diesem Projektserver. Der AN verpflichtet sich, sämtliche für das Projekt relevanten Unterlagen laufend auf dem Projektserver zur Verfügung zu stellen. Den Betrieb des Projektserver wird der Landkreis bis zum Abschluss der Schlussrechnungsprüfung des letzten Einzelprojekts aufrechterhalten.
- (2) Durch den Landkreis oder den jeweiligen Einzel-AG werden bei Bedarf zu einem mit dem AN abzustimmenden Termin Baubesprechungen durchgeführt. Der AN ist verpflichtet, an diesen Baubesprechungen durch ausreichend bevollmächtigte Mitglieder der technischen Aufsicht teilzunehmen. Die von den Vertragsparteien in die Besprechung entsandten Mitarbeitenden und/oder Beauftragten gelten als bevollmächtigt, rechtsgeschäftliche Erklärungen zu den Tagesordnungspunkten abzugeben, es sei denn, etwaige Tagesordnungspunkte sind der jeweils anderen Vertragspartei nicht vorab bekannt gegeben worden. Der Einzel-AG wird über jede Baubesprechung ein Protokoll anfertigen, in das zumindest alle Erklärungen der Vertragsparteien aufzunehmen sind. Der Landkreis überlässt dem AN eine Kopie des jeweiligen Protokolls.

Vertrag

Seite 7 von 20 Seiten

- (3) Der AN ist verpflichtet, für die gesamte Dauer seiner Tätigkeit auf den Baustellen eine der Art und dem Umfang des Bauvorhabens entsprechende sachverständige, der deutschen Sprache mächtige, technische Aufsicht (Bauleiter, Montageleiter, Poliere) zu stellen. Die verantwortlichen Fachbauleiter sind dem jeweiligen AG zu benennen.
- (4) Der AN benennt gegenüber dem jeweiligen Einzel-AG und der Bauaufsichtsbehörde einen Fachbauleiter im Sinne des § 45 LBO BW.
- (5) Der verantwortliche Bauleiter bzw. sein Vertreter haben werktags während der üblichen Arbeitszeit ständig auf der Baustelle anwesend zu sein. Außerhalb der normalen Arbeitszeit muss er fernmündlich erreichbar sein. Der Landkreis und der jeweilige Einzel-AG sind berechtigt, einen Austausch von einzelnen Mitgliedern der technischen Aufsicht zu verlangen, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt.
- (6) Der AN hat sämtliche erforderlichen behördlichen und technischen Abnahmen und Abnahmebescheinigungen für seine Leistungen rechtzeitig zu beantragen, einzuholen und die hierfür anfallenden Kosten zu übernehmen.
- (7) Die für die Ausführung der Leistung des AN notwendigen und nicht bereits in § 2 dieses Vertrages genannten und übergebenen Unterlagen werden dem AN spätestens 12 Werktage vor Beginn der Ausführung der jeweiligen Einzelbaumaßnahmen übergeben. Der AN hat alle ihm für die Ausführung zur Verfügung gestellten Unterlagen auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen und den Einzel-AG auf Fehler, Widersprüche und Unvollständigkeiten, welche die ordnungsgemäße Vertragserfüllung beeinträchtigen könnten, unverzüglich hinzuweisen. Dies gilt insbesondere für die in den Unterlagen enthaltenen Maßangaben. Die Unterlagen werden sodann Vertragsbestandteil. § 7 dieses Vertrages bleibt unberührt.
- (8) Der AN hat sämtliche Arbeiten so auszuführen, dass die Immissionsgrenzwerte, insbesondere hinsichtlich Lärms, gegenüber den umliegenden (Wohn-)Gebäuden eingehalten werden. Grundsätzlich sind lärmintensive Arbeiten außerhalb des Zeitraums von 8 bis 18 Uhr nicht gestattet.

§ 5

Arbeitskräfte und Nachunternehmer des Auftragnehmers

- (1) Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Mindestlohngesetzes, des Arbeitnehmerentsendegesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und die Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts, insbesondere zur Abführung der Beiträge, zu beachten.
- (2) Der AN hat dafür zu sorgen, dass alle in seinem und im Auftrag seiner Nachunternehmer auf der Baustelle Tätigen jederzeit Personalausweis oder ein vergleichbares Ausweisdokument (z.B. Pass) bei sich führen. Der Landkreis und der Einzel-AG behalten sich entsprechende Kontrollen vor.
- (3) Eine Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer bedarf der vorherigen Zustimmung des Einzel-AG. Als Nachunternehmer dürfen nur Fachunternehmen eingesetzt werden, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind. Dazu gehört auch, dass die Nachunternehmer ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachkommen und die gewerberechtlichen Voraussetzungen erfüllen. Bei jeder Weitergabe sind die beauftragten Unternehmen namentlich zu benennen sowie Anschrift und Berufsgenossenschaft (einschließlich Mitgliedsnummer) des Nachunternehmers mitzuteilen.
- (4) Sollte der AN gegen eine oder mehrere der Verpflichtungen gemäß Abs. 1 bis Abs. 3 verstoßen, ist der Landkreis vorbehaltlich weiterer etwaiger Rechte befugt, ihm eine angemessene Nachfrist zur Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen zu setzen. Sollte diese angemessene Nachfrist fruchtlos verstreichen, ist der Landkreis berechtigt, diesen Rahmenvertrag fristlos zu kündigen und Schadensersatz zu verlangen. Das gleiche gilt für den jeweiligen Einzel-AG hinsichtlich des durch einen Abruf entstandenen Bauvertrags.
- (5) Der AN ist verpflichtet, den Landkreis und/oder die Einzel-AG von allen Ansprüchen der Arbeitnehmer des AN, der Arbeitnehmer eines Nachunternehmers und allen Arbeitnehmern aller weiteren nachgeordneten Nachunternehmer und etwaiger Verleiher und der Sozialkassen gemäß § 14 Arbeitnehmerentsendegesetz, § 28e Abs. 3a-f SGB IV und weiterer eine entsprechende Haftung anordnenden gesetzlichen Vorschriften freizustellen.

§ 6

Vertretung der Vertragsparteien

- (1) Der Einzel-AG benennt mit dem Abruf eine/n für die Abwicklung des Bauvorhabens bevollmächtigte/n Vertreter/in.

Zu einer Änderung dieses Rahmenvertrages ist auftraggeberseitig nur der Landkreis berechtigt, nicht die abrufberechtigten Kommunen.

- (2) Der AN benennt bis zur vollständigen Fertigstellung seiner Leistungen als zuständigen Bauleiter und Bevollmächtigten: [●].

Diese/r ist zur Abgabe und Entgegennahme von rechtsverbindlichen Erklärungen nach diesem Vertrag befugt.

- (3) Unabhängig von Abs. 1 und 2 bleiben gesetzliche Vertretungsbefugnisse unberührt.

- (4) Die Vertragsparteien werden sich gegenseitig unverzüglich in Textform darüber informieren, sollten sich die Vertretungsverhältnisse ändern.

§ 7

Leistungsänderungen / zusätzliche Leistungen

- (1) Die Anordnung von Leistungsänderungen und zusätzlichen Leistungen, sowie deren Vergütung richtet sich ausschließlich nach den Vorschriften der §§ 1, 2 VOB/B. Eine solche Anordnung steht in Bezug auf den Rahmenvertrag dem Landkreis und in Bezug auf Einzelbeauftragungen dem jeweiligen Einzel-AG zu. Die §§ 650 b bis 650 d BGB werden einvernehmlich abbedungen. Die Vertragsparteien waren sich im Rahmen der Erörterung der §§ 650 b bis 650 d BGB und deren Geltung darüber einig, dass sie es bei der Behandlung von geänderten/zusätzlichen Leistungen bei den in der Praxis bewährten Regelungen der §§ 1, 2 VOB/B belassen wollen, die unverändert zur Anwendung kommen. Vor Ausübung des Anordnungsrechts durch den Landkreis bzw. den Einzel-AG nach § 1 Abs. 3 und 4 VOB/B werden sich die Parteien innerhalb eines Zeitraums von 5 Werktagen um eine Einigung bemühen. Das Anordnungsrecht schließt auch das Recht ein, Änderungen der Baumstände, der Bauzeit bzw. der Ausführungsfristen anzuordnen, es sei denn, eine solche Anordnung stellt einen unangemessenen Eingriff in die betriebliche Disposition des AN dar und ist ihm nicht zumutbar.

Vertrag

Seite 10 von 20 Seiten

- (2) Anordnungen erfolgen aus Beweisgründen schriftlich und dürfen nur von Personen erteilt werden, die zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des Landkreises bzw. des Einzel-AG nach den Regelungen dieses Vertrags berechtigt sind.
- (3) Als Nebenpflicht hat der AN auch bei Ansprüchen nach § 1 Abs. 3, 4 und § 2 Abs. 5, 6 VOB/B entstehende Mehrkosten dem Einzel-AG unverzüglich und vor Ausführung der Leistungen schriftlich anzuzeigen.
- (4) Der AN ist im Falle eines Änderungswunsches durch den Landkreis bzw. den Einzel-AG verpflichtet, dem Landkreis bzw. dem Einzel-AG vor Ausführung der Leistung unentgeltlich ein Nachtragsangebot vorzulegen, aus welchem die voraussichtlichen zeitlichen und kostenmäßigen Folgen zu erkennen sind. Hält der Landkreis bzw. der Einzel-AG nach Prüfung des Nachtragsangebots am Änderungswunsch fest, muss das Nachtragsangebot folgende Angaben enthalten:
 - a. Darstellung, inwieweit die auszuführende Leistung von der ursprünglich vereinbarten Leistung abweicht oder es sich um eine zusätzliche Leistung handelt;
 - b. Darlegung der erfolgten Anordnung; wenn der AN seine Nachtragsforderung auf eine schriftliche Anordnung des Landkreises bzw. des Einzel-AG stützt, hat er diese schriftliche Anordnung dem Nachtragsangebot beizufügen;
 - c. Soweit möglich: Angabe und Erläuterung der Auswirkungen der Leistungsänderung/der zusätzlichen Leistung auf den Bauablauf sowie sonstiger Auswirkungen der Leistungsänderung/zusätzlichen Leistung, insb. zeitliche Auswirkungen sind durch Vorlage eines aktualisierten Bauzeitenplans darzustellen;
 - d. Angabe aller kostenmäßigen Auswirkungen der geänderten/zusätzlichen Leistungen; dies gilt auch für Kosten für eine etwaige Bauzeitverlängerung und Beschleunigungsmaßnahmen, bezogen auf den konkreten Änderungswunsch
- (5) Soweit nichts Abweichendes vereinbart ist, werden auf die Auftragssumme gewährte Nachlässe auch bei der Vereinbarung eines neuen Preises für Nachtragsleistungen berücksichtigt.
- (6) Der AN ist verpflichtet, eine geänderte oder zusätzliche Leistung auch dann auszuführen, wenn die Vertragspartner bzw. Einzel-AG und AN vor Ausführung der Arbeiten keine Vereinbarung abschließen, in der die Auswirkung der Leistungsänderung auf die Vergütung und auf die vereinbarten Ausführungsfristen festgelegt werden. Ein Leistungsverweigerungs- oder Zurückbehaltungsrecht steht dem AN insoweit nicht zu.

- (7) Stundenlohnarbeiten dürfen nur ausgeführt werden, wenn diese durch den Einzel-AG vor der Leistungserbringung ausdrücklich in Textform angeordnet werden.

§ 8 Vergütung

- (1) Die Vergütung des AN erfolgt auf der Grundlage der in seinem Angebot (Anlage [•]) genannten Einheitspreise und der tatsächlich ausgeführten, durch Aufmaß belegten Leistungen.

Die vorläufige Vergütung (Auftragssumme) beträgt netto EUR [•] zuzüglich der gesetzlich gültigen Umsatzsteuer, mithin brutto EUR [•].

- (2) Der nach dem Angebot des AN (Anlage [•]) vereinbarte Nachlass gilt auch für die Vergütung von geänderten und/oder zusätzlichen Leistungen.
- (3) Die vereinbarten Einheitspreise sind Festpreise für die gesamte Vertragsdauer und schließen die Vergütung von Nebenleistungen mit ein. Eine Gleitklausel für Lohn-, Material-, Geräte- und Stoffkosten wird nicht vereinbart. § 2 Abs. 3 VOB/B und § 313 BGB bleiben unberührt.
- (4) Die Abrechnung der Vergütung des AN erfolgt gegenüber dem jeweiligen Einzel-AG und auf der Grundlage des Aufmaßes der tatsächlich ausgeführten Leistungen in der jeweiligen Einzelbeauftragung. Das Aufmaß ist zwischen dem AN und dem jeweiligen Einzel-AG gemeinsam zu erstellen und zu unterzeichnen. Dies gilt insbesondere für solche Leistungen, die bei der Weiterführung der Arbeiten nur noch schwer feststellbar sind. Der AN hat dem Einzel-AG mit einem Vorlauf von mindestens 12 Werktagen einen Termin zur Erstellung des Aufmaßes zu benennen. Erscheint der Einzel-AG zu diesem Termin nicht oder leistet er einer Aufforderung zur Aufmaßerstellung innerhalb einer in Textform zu setzenden angemessenen Nachfrist keine Folge, entfällt die Verpflichtung zur Durchführung eines gemeinsamen Aufmaßes. Dem Einzel-AG bleibt es aber unbenommen, das Aufmaß auf seine Richtigkeit nachzuprüfen.
- (5) Soweit in dem Leistungsverzeichnis nicht enthaltene Stundenlohnarbeiten auszuführen sind, erfordert dies eine vorherige ergänzende Vereinbarung in Textform, in der diese Leistungen ausdrücklich als Stundenlohnarbeiten bezeichnet sind. In diesem Fall gelten die Stundensätze gemäß Angebot des AN (Anlage [•]).

Die Unterzeichnung von Stundenlohnzetteln gilt nicht als Anerkenntnis. Es bleibt dem Einzel-AG die Prüfung vorbehalten, ob es sich um Stundenlohn- oder Vertragsarbeiten handelt. Mit der Unterzeichnung von Stundenlohnzetteln wird nur Art und Umfang der erbrachten Leistungen festgestellt.

- (6) Die Umsatzsteuer ist in allen Rechnungen gemäß den Vorgaben des UStG gesondert auszuweisen.

§ 9 Ausführungsfristen

- (1) Der Ausführungsbeginn ist direkt im Anschluss an die Vertragsunterzeichnung vorgesehen. Geplant ist ein kontinuierlicher Ausbau in den Jahren 2026 bis 2030.
- (2) Die Parteien vereinbaren als verbindliche Vertragsfristen gemäß § 5 Abs. 1 VOB/B, dass der AN innerhalb von drei Monaten nach Abruf durch den Einzel-AG mit der Ausführung beginnt und diese spätestens innerhalb von sechs Monaten fertigstellt. Abweichende Regelungen bleiben einer gesonderten Vereinbarung zwischen AN und Einzel-AG vorbehalten.
- (3) Sofern aufgrund einer unerwartet hohen parallelen Abrufmenge diese Fristen nicht eingehalten werden können, wird der AN innerhalb von 7 Kalendertagen nach Einzelabruf dem Einzel-AG einen Vorschlag vorlegen, aus dem sich ergibt, in welchem Zeitraum die offenen Abrufe fertiggestellt werden können. Der AN ist hierbei verpflichtet, einen Personal- und Materialeinsatz aufzuwenden, der dem Rahmenzeitplan gemäß Abs. 1 gerecht wird. AN und Einzel-AG werden sich kontinuierlich über die Ausführung abstimmen. Der Landkreis ist berechtigt, eine Priorisierung einzelner Abrufe vorzugeben.
- (4) Werden während der Ausführung der vertraglichen Leistung geänderte und/oder zusätzliche Leistungen ausgeführt, die Einfluss auf die vereinbarte Bauzeit haben, sind neue verbindliche Vertragstermine unter Berücksichtigung der Ausführungsdauer solcher Leistungen schriftlich festzulegen.
- (5) Der AN hat die Arbeiten in einem Zuge und ohne zeitliche Verzögerung durchzuführen.

§ 10
Abnahme

- (1) Die Leistungen der Einzelbeauftragungen sind förmlich gemäß § 12 Abs. 4 VOB/B abzunehmen. Eine konkludente Abnahme ist ebenso ausgeschlossen wie die Abnahmefiktionen des § 12 Abs. 5 VOB/B. Die Abnahme findet im Verhältnis von Einzel-AG zum AN statt.
- (2) Soweit bei der Abnahme Mängel vorbehalten werden, trägt der AN insoweit weiterhin die Beweislast für die mangelfreie Leistungserbringung.
- (3) Der AN hat keinen Anspruch auf die Durchführung von Teilabnahmen.
- (4) Der Einzel-AG ist zur Verweigerung der Abnahme berechtigt, wenn die Leistungen des AN wesentliche Mängel aufweisen. Ein wesentlicher Mangel, der zur Verweigerung der Abnahme berechtigt, liegt auch dann vor, wenn nicht alle Revisionspläne, Bestandspläne, Dokumentationen und Bedienungsanleitungen, die für die dauerhafte Nutzung und den Betrieb des Werkes erforderlich sind, spätestens bei der Abnahme vorgelegt werden.

§ 11
Zahlungen

- (1) Der AN ist berechtigt, in Abhängigkeit vom tatsächlich erbrachten und nach dem Vertrag geschuldeten Leistungsstand Abschlagsrechnungen zu stellen. Hat der AN zum Zeitpunkt der Stellung der Abschlagsrechnung die Leistungen ausgeführt, für die eine Nachtragsvergütung vereinbart ist, ist diese ebenfalls in die jeweilige Abschlagsrechnung aufzunehmen und zu vergüten. Jeder Abschlagsrechnung ist eine prüfbare Aufstellung der ausgeführten Leistungen beizufügen.
- (2) Alle Rechnungen nebst rechnungsbegründenden Unterlagen sind in 1-facher Ausfertigung im Original beim Einzel-AG und parallel elektronisch zur Rechnungsprüfung beim Fachplaner einzureichen.
- (3) Rechnungsprüfungsvermerke stellen kein Anerkenntnis der Rechnung bzw. der dahinterstehenden Forderung des AN durch den Einzel-AG dar. Die Bezahlung von Abschlagsrechnungen stellt weder ein Anerkenntnis des erreichten Bautenstands noch eine Abnahme der ausgeführten Leistung dar.

Vertrag

Seite 14 von 20 Seiten

- (4) Abschlagszahlungen sind 21 Kalendertage nach Zugang der prüffähigen Abschlagsrechnung beim Einzel- AG zur Zahlung fällig.
- (5) Die prüfbare Schlussrechnung ist mit allen Anlagen spätestens 14 Kalendertage nach der Fertigstellung und der Abnahme des Bauvorhabens beim Einzel-AG einzureichen. In die Schlussrechnung sind auch die vereinbarten Nachtragsleistungen sowie weitere Nachtragsleistungen aufzunehmen, für die der AN eine Nachtragsvergütung geltend macht.
- (6) In der Schlussrechnung sind die erfolgten Abschlagszahlungen unter Darstellung des jeweiligen Rechnungsbetrags und der ggf. hierauf geleisteten Umsatzsteuer auszuweisen.
- (7) Die Schlussrechnung ist 30 Kalendertage nach Abnahme (vgl. § 11 dieses Vertrages) und Zugang der prüffähigen Schlussrechnung beim Einzel-AG zur Zahlung fällig.
- (8) Der AN hat dem Einzel-AG bereits bei Vertragsschluss eine wirksame Freistellungsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes nach § 48b EStG vorzulegen und den Einzel-AG unverzüglich zu unterrichten, sofern die von ihm vorgelegte Freistellungsbescheinigung zurückgenommen oder widerrufen wird. Ohne Vorlage einer wirksamen Freistellungsbescheinigung wird der Einzel-AG von fälligen Abschlags- und Schlussrechnungsforderungen des AN 15% des jeweiligen Bruttobetrages (Bauabzugssteuer) einbehalten und mit befreiender Wirkung gegenüber dem AN an das zuständige Finanzamt zahlen.
- (9) Bei der Rückforderung des Einzel-AG wegen Überzahlung kann sich der AN nicht auf den Wegfall der Bereicherung berufen.
- (10) Der AN hat die jeweils gültige Umsatzsteuer gesondert in seinen Rechnungen auszuweisen. Die Rechnungen müssen den Anforderungen des Umsatzsteuergesetzes entsprechen.

§ 12
Mängelansprüche

- (1) Die Mängelhaftung richtet sich nach den Vorschriften der VOB/B, soweit im Folgenden nicht etwas anderes geregelt ist. Der Rücktritt vom Vertrag ist ausgeschlossen.
- (2) Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche nach § 13 Abs. 4 Nr. 1 VOB/B beträgt für das Bauwerk fünf Jahre, für Teile von maschinellen und elektrotechnischen/elektronischen Anlagen, bei denen die Wartung Einfluss auf Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Anlage hat, nach § 13 Abs. 4 Nr. 2 VOB/B ebenfalls fünf Jahre, wenn der Einzel-AG sich dafür entschieden hat, dem AN die Wartung für die Dauer der Verjährungsfrist zu übertragen. § 13 Abs. 4 VOB/B bleibt im Übrigen unberührt.

§ 13
Sicherheiten

- (1) Die Vertragsparteien vereinbaren zur Sicherung der Vertragserfüllungsansprüche der Einzel-AG Sicherheiten in Höhe von 10 % des Brutto-Auftragssumme der einzelnen Leistungsabrufe. Die Sicherheit für die Vertragserfüllung erstreckt sich auf die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen des AN aus diesem Vertrag bis zur Abnahme der Leistungen aus der jeweiligen Einzelbeauftragung, insbesondere auf die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Mängelansprüche, Schadensersatz und Vertragsstrafe sowie auf Regress- und Freistellungsansprüche aus diesem Vertrag und auf die Erstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen. Umfasst ist die Absicherung der Ansprüche bei Nichtzahlung des Mindestentgelts (§ 14 AEntG), bei Nichtzahlung der Beiträge zur Urlaubskasse (§ 14 AEntG) bzw. bei Nichtzahlung der Sozialversicherungsbeiträge (§ 28e Abs. 3a-f SGB IV).
- (2) Der AN übergibt dem Einzel-AG zur Sicherung der Vertragserfüllung gemäß Abs. 1 spätestens 18 Werktage nach Vertragsschluss eine unwiderrufliche, unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft einer Bank, Sparkasse oder eines anerkannten Kreditversicherers mit Sitz oder Niederlassung in der Europäischen Union. Der Bürge hat auf das Recht zur Hinterlegung und darüber hinaus auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) sowie auf die Einrede der Aufrechenbarkeit nach § 770 Abs. 2 BGB zu verzichten, wobei der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit nicht für den Fall gilt, dass die Gegenforderung des AN unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Die

Vertrag

Seite 16 von 20 Seiten

Ansprüche aus der Bürgschaft dürfen nicht vor den gesicherten Ansprüchen verjähren. § 17 VOB/B bleibt im Übrigen unberührt.

- (3) Soweit der AN die Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß Abs. 2 nicht innerhalb der vereinbarten Frist leistet, ist der Einzel-AG berechtigt, die Abschlagszahlungen um jeweils höchstens zehn Prozent zu kürzen, bis die vereinbarte Sicherheitssumme erreicht ist.
- (4) Der Einzel-AG wird nach Abnahme die nicht verwertete Vertragserfüllungssicherheit gegen Stellung einer Gewährleistungssicherheit in Höhe von 5 % der geprüften Brutto-Schlussrechnungssumme zurückgeben, es sei denn, dass Ansprüche des Einzel-AG, die nicht von der gestellten Gewährleistungssicherheit umfasst sind, noch nicht erfüllt sind. Dann darf der Einzel-AG für diese Vertragserfüllungsansprüche einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten.
- (5) Als Sicherheit für die Erfüllung der Mängelansprüche von bei der Abnahme vorbehaltenen Mängeln und alle nach Abnahme entstehenden Mängelansprüchen (u.a. Nachbesserung von bei Abnahme festgestellten Mängeln und Restleistungen, Nachbesserung, Schadensersatz, Kostenvorschuss sowie Minderung) behält der Einzel-AG 5 % der Brutto-Schlussrechnungssumme ein. Der AN kann den Mängeleinbehalt frühestens mit der Fälligkeit der Schlusszahlung Zug um Zug gegen Übergabe einer Gewährleistungsbürgschaft ablösen.
- (6) Die Gewährleistungsbürgschaft gemäß Abs. 5 hat eine unwiderrufliche, unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft einer Bank, Sparkasse oder eines anerkannten Kreditversicherers mit Sitz oder Niederlassung in der Europäischen Union zu sein. Der Bürge hat auf das Recht zur Hinterlegung und darüber hinaus auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) sowie auf die Einrede der Aufrechenbarkeit nach § 770 Abs. 2 BGB zu verzichten, wobei der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit nicht für den Fall gilt, dass die Gegenforderung des AN unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist. Die Ansprüche aus der Bürgschaft dürfen nicht vor den gesicherten Ansprüchen verjähren. § 17 VOB/B bleibt im Übrigen unberührt.
- (7) Die Rückgabe der nicht verwerteten Gewährleistungssicherheit richtet sich nach § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B mit der Maßgabe, dass eine Rückgabe erst nach Ablauf der Verjährungsfrist für Mängelansprüche erfolgt. § 17 Abs. 8 Nr. 2 Satz 2 VOB/B bleibt unberührt.
- (8) Macht der AN den Anspruch aus § 650e BGB geltend, kann der Einzel-AG – anstelle der Einräumung einer Sicherungshypothek oder Vormerkung – wahlweise auch Sicherheit durch Stellung einer Bankbürgschaft leisten. Eine etwa bereits zugunsten des AN

eingetragene Vormerkung oder Sicherungshypothek kann der Einzel-AG jederzeit durch Bankbürgschaft ablösen.

§ 14

Kündigung, Schadensersatz

- (1) Für die Kündigung dieses Vertrags gelten die §§ 8 und 9 VOB/B sowie die gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Der Einzel-AG ist zur Kündigung der Einzelbeauftragung aus wichtigem Grund nach § 648a BGB insbesondere dann berechtigt, wenn
 - a. der AN bezüglich des Bauvorhabens unzulässige Preisabsprachen mit Dritten trifft,
 - b. der AN Personen, die auf Seiten des Landkreises oder der abrufberechtigten Kommunen mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Bauvorhabens befasst sind, Vorteile bietet, verspricht oder gewährt,
 - c. der AN die entsprechenden Versicherungsnachweise gemäß § 16 dieses Vertrages nicht erbringt,
 - d. der AN nachhaltig und erheblich die Erfüllung wesentlicher vertraglicher Verpflichtungen unterlässt,
 - e. die Werklohnforderungen des AN gegenüber dem AG aus der erbrachten Leistung ganz oder teilweise mit Arrest belegt oder gepfändet werdenund ihn der Einzel-AG hinsichtlich der unter lit. c und d) genannten Gründen in Textform unter Benennung der zu beanstandenden Umstände abgemahnt und der AN nicht innerhalb der gesetzten angemessenen Frist nach Zugang der Abmahnung die beanstandeten Umstände behoben hat.
- (3) Jede Kündigung ist schriftlich zu erklären.
- (4) Im Falle einer Kündigung oder sonstigen Beendigung des Vertrages hat der AN seine Leistung so abzuschließen, dass der Einzel-AG die Leistung ohne Schwierigkeiten über-

nehmen und die Fortführung derselben durch einen Dritten veranlassen kann. Die Vertragsparteien verpflichten sich, den erreichten Leistungsstand in einem gemeinsamen Aufmaß zu ermitteln.

- (5) Der Einzel-AG ist darüber hinaus berechtigt, die Kündigung nach § 648a Abs. 2 BGB zu Lasten des AN auf abgrenzbare Teilleistungen zu beschränken, auch wenn es sich nicht um abgeschlossene Leistungen im Sinne der § 8 Abs. 3 Nr. 1 bzw. § 12 Abs. 2 VOB/B handelt.
- (6) Schadensersatzansprüche, die sich aus den Einzelbeauftragungen ergeben, stehen den jeweiligen Einzel-AG zu.
- (7) Sofern sich ein Schadensersatzanspruch des Landkreises infolge der Kündigung dieses Rahmenvertrages ergibt, umfasst ein solcher Schadensersatzanspruch auch die Fertigstellungsmehrkosten hinsichtlich von den abrufberechtigten Kommunen zum Kündigungszeitpunkt noch nicht abgerufener Leistungen aus diesem Rahmenvertrag. Der Landkreis wird insofern ausdrücklich ermächtigt, diesen Dritten entstandenen Schaden im eigenen Namen geltend zu machen. Solange er diesen Anspruch nicht gerichtlich verfolgt, ist jedoch auch die einzelne abrufberechtigte Kommune berechtigt, den Schadensersatzanspruch selbst geltend zu machen.

§ 15

Gefahrtragung

Die Gefahrtragung richtet sich ausschließlich nach § 644 BGB.

§ 16

Haftpflichtversicherung

- (1) Der AN unterhält eine Betriebshaftpflichtversicherung, die alle versicherbaren übernommenen Haftungsrisiken aus der Bauphase (Betriebshaftpflicht-, Umwelthaftpflicht-, Umweltschadensrisiken) abdeckt. Die persönliche gesetzliche Haftpflicht beauftragter Nachunternehmer ist mitzuversichern.

Die Deckungssummen müssen pro Schadensfall mindestens für

Personenschäden und daraus folgende weitere Schäden: EUR 5 Millionen

Sach- und Vermögensschäden: EUR 5 Millionen

betragen und für alle Schäden in Verbindung mit dem Bauvorhaben mindestens zweimal in voller Höhe zur Verfügung stehen (d.h. „2-fach maximiert“ sein).

Der Abschluss der Haftpflichtversicherung ist dem Einzel-AG auf Verlangen durch Übersenden einer Bestätigung der Versicherung nachzuweisen. Auf das Kündigungsrecht im Falle des fehlenden Nachweises nach § 13 Abs. 2 dieses Vertrages wird verwiesen. Die abzuschließende Versicherung hat der AN bis zur Fertigstellung und Abnahme des Bauvorhabens aufrecht zu erhalten. Der AN trägt die Kosten für die von ihm abzuschließende/abgeschlossene Versicherungen selbst.

Der AN tritt hiermit die sich aus den abzuschließenden oder abgeschlossenen Versicherungsverträgen entstehenden Ansprüche sicherheitshalber an den jeweiligen Einzel-AG ab, der die Abtretung – vertreten durch den Landkreis – hiermit annimmt. Der AN bleibt jedoch, solange er die ihm obliegenden Verpflichtungen aus diesem Vertrag erfüllt, berechtigt, alle Ansprüche im eigenen Namen geltend zu machen. Sofern gemäß Versicherungsvertrag eine Abtretung nicht zulässig ist, weist der AN hiermit die Versicherungen unwiderruflich an, etwaige Zahlungen nur an den jeweiligen AG zu leisten.

§ 17

Abtretung, Aufrechnung

- (1) Eine Abtretung von Forderungen des AN bedarf in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Einzel-AG. Teilt der AN für die Abtretung sachlich berechtigte Gründe mit, darf der Einzel-AG die erforderliche Zustimmung nicht verweigern.
- (2) Der AN ist nicht zur Aufrechnung gegenüber Forderungen des Einzel-AG berechtigt. Das Aufrechnungsverbot gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Forderungen oder Forderungen aus dem Gegenseitigkeitsverhältnis.

Vertrag

Seite 20 von 20 Seiten

§ 19

Schlussbestimmungen

- (1) Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung/Änderung des Schriftformerfordernisses.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit später verlieren, so wird hierdurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Dies gilt auch, soweit sich in diesem Vertrag eine Lücke herausstellen sollte.
- (3) Erfüllungsort für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag ist der Ort des Bauvorhabens. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist der Belegenheitsort des Bauvorhabens.

....., den

....., den

.....

- Landkreis Böblingen -

.....

- Auftragnehmer -